

## Antrag 02

an die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

zur Tagung der Vollversammlung am 09.11.2022

der Wahlwerbenden Gruppe

## FAIR UND TRANSPARENT

zum Thema

### FAIRE Bedingungen beim Einkommen – Indexanpassung von Löhnen und Gehältern

---

Das AK-Team FAIR UND TRANSPARENT beantragt:

**Löhne und Gehälter sind gesetzlich ebenfalls jährlich gemäß dem Verbraucherpreis-Index zu erhöhen als unterste Grundlage einer Mindest- und Ist-Lohnerhöhung.**

Dies ist aufgrund der vor Jahren bereits eingeführten Indexanpassungen auf Ausgabenseiten in vielen Lebensbereichen, wie beispielsweise bei Mieten, Strom und Gas, Wassergebühren etc. eine langjährige Forderung des AK-Teams FAIR UND TRANSPARENT und ist jetzt aufgrund der enormen Preissteigerungen, die oft auf diesen Indexanpassungen basieren, aktueller denn je umzusetzen.

Begründung:

Erdenklich vieles ist mittlerweile Index-gesichert, d.h. Mieten, Versicherungen, etc. erhöhen sich regelmäßig analog dem Verbraucherpreis-Index. Städtische Gebühren erhöhen sich automatisch jährlich. Energiekonzerne erhöhen ihre Preise Index-basiert teilweise mittlerweile sogar mehrmals im Jahr. So wird die jeweilige Inflation mitberücksichtigt – bei vielen Dingen, die ArbeitnehmerInnen bezahlen müssen.

Beim Einkommen allerdings müssen nach wie vor die Gewerkschaften jedes Jahr auf's Neue um Erhöhungen verhandeln, teilweise mit Betriebsversammlungen usw. agieren. Zu oft fallen die Abschlüsse trotzdem unter den Erwartungen aus oder – wie bereits passiert - die Verhandlungen werden von Arbeitgeberseite überhaupt abgebrochen.

**FAIR UND TRANSPARENT fordert,**

**Löhne und Gehälter gesetzlich ebenfalls jährlich gemäß dem Verbraucherpreis-Index zu erhöhen als unterste Grundlage einer Mindest- und Ist-Lohnerhöhung.**

Damit haben Arbeitnehmer wie Unternehmer eine gewisse Planungssicherheit.

Die Gewerkschaften behalten ihren wichtigen Verhandlungsstatus, um über diese inflationär bedingten Lohn- und Gehaltserhöhungen hinaus mit den Arbeitgebern zusätzliche Erhöhungen und verbesserte Arbeitsbedingungen sowie weiterhin die Kollektivverträge zu verhandeln. Immerhin geht es ja um mehr Wirtschaftsleistung, zu der jeder Beschäftigte als Konsument kräftig beiträgt.

Klarzustellen ist, dass die bisher praktizierten Verhandlungsrunden jedenfalls im gleichen Rhythmus wie bisher beizubehalten sind.

In besonders herausfordernden Krisenzeiten, wenn Betriebe massiv belastet sind, könnte der Gesetzgeber in letzter Konsequenz regulierend bezüglich der automatisierten Index-Anpassung eingreifen, z.B. für gewisse Zeit oder gewisse Branchen diese Erhöhung der Einkommen von staatlicher Seite her übernehmen, etc. ■